

Vier Prozent Dividende an Baugenossen

- BGV schüttet aus und schafft Rücklagen
- 2,56 Millionen Euro fließen in Sanierungen



VON ROLAND DÜRRHAMMER
villingen.redaktion@suedkurier.de

VS-Villingen – Handwerkerangel und Lieferengpässe, hohe Energiekosten und die Inflation belasten auch die Baugenossenschaft Villingen (BGV). Aufsichtsrat und Vorstand sprachen trotz den Umständen von einem guten Jahr, das mit einem Bilanzgewinn von 88.600 Euro abgeschlossen wurde und den Mitgliedern vier Prozent Dividende beschert. „Wir haben es wieder geschafft, ihre Dividende zu erwirtschaften und noch etwas in die Rücklage einzustellen“, so der Aufsichtsratsvorsitzende Mario Born. Man werde mit Augenmaß die Sanierungen des Gebäudebestandes weiterführen.

„Die neuen gesetzlichen Vorgaben tun uns und allen Baugenossenschaften zusätzlich weh“, sagt Andreas Scherer, kaufmännischer Vorstand der BGV, bei der Mitgliederversammlung. Ab 2023 müsse ein Nachhaltigkeitsbericht, eine Kohlendioxid-Bilanz und eine Klimawandelstrategie erstellt werden. „Wir werden unseren kompletten Wohnungsbestand aufnehmen und digitalisieren und die Berichte daraus generieren“, erklärt Scherer. Die Investition von 150.000 Euro in die neue Software habe einen wesentlichen Vorteil: „Wir sehen sofort, wann was irgendwas fällig ist und wo man das Geld am effektivsten einsetzen kann.“

Rund 2,56 Millionen Euro hat die BGV im vergangenen Jahr in die Sanierung von Wohnungen, Heizungsanlagen, Fassaden und Dächern investiert. Das größte Projekt betraf die Mieter im Adlerring 26-32 mit dem Anbau von Aufzügen und der Sanierung der Tiefgarage. „Ich bedanke mich bei allen Mietern für die Geduld, die sie in der angespannten Situation während der Bauarbeiten gezeigt haben“, sagte Ha-



Der Aufsichtsratsvorsitzende Mario Born (stehend) berichtet von einem guten Jahr für die Baugenossenschaft Villingen. Die Mitglieder freuen sich über vier Prozent Dividende. BILDER: ROLAND DÜRRHAMMER



Ein Präsent für 50 Jahre Mitgliedschaft in der Baugenossenschaft Villingen gibt es für Else Amann (zweite von links) und Anita Gwosch (rechts) von Vorstand Andreas Scherer, dem Aufsichtsratsvorsitzenden Mario Born und von Vorstand Harald Maier (von links).

rald Maier, technischer Vorstand.

„Im Januar werden wir das erste Gebäude in Schwennungen erwerben“, kündigt Maier an. In dem Objekt in der Kepplerstraße habe es bisher vier Büros und eine Wohnung gegeben. „Wir wer-

den im Frühjahr 2024 mit den Umbauarbeiten für zwölf bis 15 kleinere Wohneinheiten beginnen“, so Maier.

Verhalten zeigte sich die BGV auf Nachfrage, wie es mit dem Bau der im letzten Jahr vorgestellten Microlofts

auf Garagendächern in der Rietheimer Straße weitergeht. „Seit zwei Wochen liegt die drei Jahre gültige Baugenehmigung vor. Wir könnten bauen, aber wir warten noch ab, wie sich der Finanzmarkt entwickelt“, so Maier.

Die Kennzahlen

Die Baugenossenschaft Villingen (BGV) hat 1162 Mitglieder, 817 Wohnungen im Bestand und 462 Garagen. Die durchschnittliche Kaltmiete beträgt 7,32 Euro pro Quadratmeter. Die Nebenkosten liegen im Schnitt bei 2,04 Euro pro Quadratmeter. Der Leerstand beträgt wegen Renovierungen aktuell 2,7 Prozent. Die BGV beschäftigt 14 Mitarbeiter sowie zwei Auszubildende.

Mada Marx kann jetzt erweitern

VS-Rietheim (fsc) Keine Einwände gab es im Technischen Ausschuss zu einer Änderung des Bebauungsplanes „Hinterhofen 2“ im Stadtteil Rietheim. Mit dem Bebauungsplan soll ein Erweiterungsbau für Produktions- und Lagerflächen sowie die Verwaltung der Firma Mada Marx Datentechnik ermöglicht werden. Dafür muss das bestehende Baufenster deutlich nach Süden erweitert werden. Ein Teiltrückbau von Garagen und Carports ist, wie aus der Verwaltungsvorlage hervorgeht, außerdem notwendig. „Grundsätzlich können wir das empfehlen“, erklärte Matthias Hausmann vom Stadtplanungamt. Gudrun Furtwängler (CDU) sagte, es sei zu begrüßen, dass ein sehr gutes mittelständisches Unternehmen erweitern wolle. „Auch wir begrüßen das Vorhaben“, gab Ulrike Salat (Grüne) bekannt. Man könne daran sehen, „dass es so auch geht, ohne Flächennutzungsplan und Verdichtung.“ Einstimmig gaben die Stadträte grünes Licht.

Lukaskirche wird nun entwidmet

VS-Villingen (pm) Am Sonntag, 19. November, um 10 Uhr wird das Gemeindezentrum Lukas in der Sperberstraße in einem Abendmahlsgottesdienst entwidmet. Danach finden dort keine Gottesdienste mehr statt, heißt es in der Pressemeldung. Prälat Marc Witztenbacher und Pfarrerin Dorothea von Kalkstein werden den Gottesdienst unter der Beteiligung weiterer Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen leiten. Im Anschluss lädt die Gemeinde zu Kaffee und Zopf ein. Zum Jahresende schließt das Gemeindezentrum endgültig. Pfarrerin von Kalkstein bleibt dem Bezirk als zuständige Pfarrerin erhalten. Ihr Büro ist in der Waldhauser Str. 10/1.

Zuschüsse für die Sportvereine

Villingen-Schwennungen (fsc) Einstimmig billigten die Stadträte im Verwaltungs- und Kulturausschuss jetzt Investitionskostenzuschüsse für Sportvereine in Höhe von 57.000 Euro. Der ESV Schwennungen erhält 25.000 Euro. Damit der Verein im Sportkegeln weiter in der zweiten Bundesliga spielen kann, muss die Kegelbahn zu Segmentbahnen umgebaut werden. Der FSV Schwennungen bekommt 11.750 Euro zur Umrüstung der Flutlichtanlage auf dem Kunstrasenplatz in LED. Einen neuen Mattensatz Karate benötigt der Verein Shintaikan Karate Dojo Villingen zur Ausübung seines Sportes. Die Stadt will sich mit 1384,50 Euro beteiligen. Auch der FV Marbach möchte die Flutlichtanlage auf dem Kunstrasenplatz in LED umrüsten. Ein Zuschuss in Höhe von 8577 Euro wurde genehmigt, ebenso wie ein Zuschuss in Höhe von 7500 Euro an den FC Pfaffenweiler. Auch dort soll das Flutlicht in LED umgerüstet werden. Der 25 Jahre alte Sandplatz des Reitvereins St. Hubertus Villingen ist in die Jahre gekommen und soll saniert werden. Mit 9500 Euro ist die Stadt dabei.

Neuer Ausschuss für Jugend und Soziales geplant

Nach der Übergabe des Jugendamtes an den Kreis sollen wichtige VS-Themen nicht unter den kommunalpolitischen Tisch fallen

VON FELICITAS SCHÜCK

Villingen-Schwennungen – Der Ausschuss für Verwaltung und Kultur hat sich jetzt mehrheitlich dafür ausgesprochen, einen weiteren beschließenden Ausschuss einzurichten, um die Angelegenheiten von Jugend, Sozialem und Bildung aufzugreifen und gegebenenfalls Beschlüsse zu fassen.

Grundsätzlicher Anlass dafür ist, wie Oberbürgermeister Jürgen Roth zu Beginn der Beratungen erinnerte, dass die Verwaltung bei der Übergabe des Jugendamtes an den Kreis den Auftrag erhalten habe, ein Nachfolgegremium zu finden oder einzurichten. „Viele Dinge, die wir vorher im Jugendhilfeausschuss beraten haben, sind noch zusätzlich zu

entscheiden“, erläuterte Roth, der zum Beispiel die Jugendverbände erwähnte, die im Jugendhilfeausschuss abgebildet gewesen seien.

Im Bereich Sport habe man allerdings eine Möglichkeit gefunden. Deswegen wurde der Bereich Sport aus der ursprünglichen Beschlussvorlage herausgenommen, ebenso wie der Bereich Kultur. Und unter Bildung soll nun, wie Hans-Joachim von Mirbach, der das letzte Wort hatte, keinesfalls Schule verstanden werden.

Vorangegangen war der ausführlichen Diskussion der Stadträte ein Antrag der SPD-Fraktion, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen, dem eine Mehrheit nicht zu folgen vermochte. Bei neun Gegenstimmen und sechs Befürwortern des Antrags wurde dieser abgelehnt. „Doch, wir wollen darüber reden“, bekräftigte Oskar Hahn (Grüne). Katharina Hirth erklärte für die CDU, dass die Fraktion ein Nachfolgegremium wolle. „Aber uns fehlen die Grund-

lagen, wir sollten ausführlich diskutieren, wie dieser Ausschuss aussehen sollte“. Deswegen lehne die CDU den zweiten Teil des Beschlussvorschlages ab, über den dann auch nicht abgestimmt wurde. Darin war die Auflösung verschiedener Beratungsgremien, wie zum Beispiel Beirat für Kultur und Arbeitskreis Verkehrsentwicklung und ÖPNV, vorgesehen. „Mit der Auflösung der Beiräte habe ich ein großes Problem, weil da Experten drin sind“, bekräftigte sie.

Hans-Joachim von Mirbach (Grüne) bekannte, dass er sich ähnlich äußern wolle. Er halte es nicht für zielführend, wenn man „Tagespunkteweise“ bestimmte Menschen zu Sitzungen einlade. Die Beratungsgremien seien ja „ein Sammelsurium von Gruppen“ gewesen. Die Beiräte solle man aber auf jeden Fall neu diskutieren. Er erinnerte daran, dass es früher einen Sozialausschuss mit Beschlusskraft gegeben habe, der zweimal im Jahr getagt habe:

„Und das hat ausgereicht“.

Ulrike Heggen (Freie Wähler) erklärte, ihre Fraktion wolle auf jeden Fall einen zusätzlichen beschließenden Ausschuss und dass sachkundige Bürger mit im Boot seien. Nicola Schurr (SPD) erklärte, es sei den Genossen „komisch“ vorgekommen, dass die Ausschüsse abgesetzt werden sollten, weil keiner wisse, wer das eigentlich beantragt habe: „Es ist notwendig, dass man solche Beiräte hat.“ Er habe sich gewünscht, dass man vorher mit den Beiräten rede.

Kathrin Piazzolo unterstrich, dass es der FDP wichtig wäre, einen weiteren beschließenden Ausschuss zu schaffen und zwar im Zusammenhang mit einem zweiten Bürgermeister, einem Bildungsbürgermeister und einem dritten Dezernat. Ein drittes Dezernat und einen zweiten Bürgermeister lehnt die AfD ab. „Wir müssen einen Weg finden, wie wir die Bürger in wenige beschließende Ausschüsse einbeziehen können“, sagte Olaf Barth.

Weilersbach schafft dritten Blitzer an

Raser haben im Ort nichts zu lachen – aber die Narren: Die Epfelschittler werden bald von den Ammelbachhexen ergänzt

VON GERD JERGER

VS-Weilersbach – Um die Verkehrssicherheit im Ort zu erhöhen, hat der Weilersbacher Ortschaftsrat in seiner jüngsten Sitzung die Anschaffung eines weiteren Geschwindigkeitsmessgerätes beschlossen. Grundlage ist das Angebot der Firma Impact. Im Ort gibt es bereits zwei Geräte, eines in der Zolltafel in der neuen Tempo-30-Zone und eines in der Längentalstraße. „Da sich diese Tafeln bewährt haben, werden wir ein drittes Gerät für 2700 Euro anschaffen“, so die Ortsvorsteherin Silke Lorke.

Wie viele andere Ortschaften hofft auch Weilersbach auf den Breitbandanschluss. Noch sei aber keine Entscheidung gefallen, ob der Ausbau in Obereschach oder Weilersbach begonnen wird, teilte Lorke mit.

Treffen mit dem Landrat

Sie informierte auch darüber, dass ein Treffen der IG Weilersbach und des Ortschaftsrates mit Landrat Sven Hinterseh stattgefunden habe. Im Ergebnis sei ein Schreiben von Hinterseh an das Regierungspräsidium geschickt worden, mit der Bitte, den Alternativvorschlag zur Anbindung an die B 523 zu prüfen. Der IG-Vorschlag vermeidet die Zerstörung des Naherholungsgebietes Hagen und findet in Weilersbach große Zustimmung. Um den Straßenverkehr ging es auch

beim barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle in Weilersbach: Die Haltestelle an der Längentalstraße beim Feuerwehrhaus soll barrierefrei ausgebaut werden. Dies steht auf der Prioritätenliste für kommendes Jahr ganz oben. Sobald der Gemeinderat dies beschlossen hat und die Fördergelder genehmigt sind, soll es umgesetzt werden.

Neu gegründet wurde jetzt ein neuer Narrenverein: Die „Ammelbachhexen“. Diese wollen an der Fasnet mitwirken und möchten sich als Ergänzung zu den Epfelschittlern sehen, berichtete die Ortsvorsteherin. Am 1. Dezember findet ein Treffen „Meet & greet“ ab 17 Uhr auf dem Dorfplatz am Milchhäusle statt. Fragen aus der Bürgerschaft kamen zum Bücherregal: Das werde gut angenommen, so Lorke, man überlege, ein neues Regal anzuschaffen.



Die Trasse und Anbindung des Lückenschlusses der Bundesstraße beschäftigt den Rat weiterhin. Nun gab es ein Treffen mit Landrat Hinterseh und ein Schreiben ans Regierungspräsidium. Damit zeigen die Unterschriftenaktionen Wirkung. BILD: GERD JERGER